

Der Protest geht auf allen Ebenen weiter

Der Großteil des Kampfes gegen die Trasse läuft inzwischen hinter den Kulissen. Die Gegner bezweifeln, dass es die Leitung braucht.

Von Elfriede Schneider

Oberfranken – Als Anfang des Jahres der Netzbetreiber Amprion seine Pläne für eine Gleichstromtrasse quer durch Oberfranken vorstellte, schlugen die Wellen der Empörung hoch. Inzwischen – so scheint es – ist die Protestwelle abgeflacht. Doch das täuscht. Der Kampf gegen die Stromtrasse spielt sich jetzt vielfach hinter den Kulissen ab.

„Wir sind sehr aktiv“, sagt der Wunsiedler Landrat Dr. Karl Döhler als Bezirkssprecher des Landkreistages. „Der Protest läuft auf allen Ebenen.“ Für den emotionalen Bereich seien die Bürgerinitiativen zuständig, die Landratsämter prüften die fachlichen Fragen und zahlreiche Kommunen hätten sich rechtlichen Beistand geholt, um für eine Klage vorbereitet zu sein. Die Netzbetreiber müssten klar nachweisen, dass die Leitung im Sinne der Energiewende notwendig sei.

Zu den Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel am Dienstag in Nürnberg, die Strom-

trasse werde nicht wie geplant gebaut, sagt Döhler, die Frage sei, was dies für Oberfranken bedeute: „Kommt sie gar nicht oder weiter weg?“, fragt er. Es gebe Gerüchte, wonach sie ganz woanders verlaufen und dann auch von einem anderen Netzbetreiber geplant werde.

Joëlle Bouillon, die Sprecherin des Netzbetreibers Amprion, sagt dazu: „Es gibt keinen neuen Planungsstand.“ Auf die Frage, was sie von den Aussagen Gabriels hält, antwor-

„Der Minister hat ganz deutlich gemacht, dass es eine solche Leitung nicht über die Köpfe der Leute hinweg geben wird.“

Der Pegnitzer Bürgermeister Uwe Raab, Sprecher der Protest-Kommunen

set sie diplomatisch: „Ich habe davon gelesen. Wir wollen sie nicht kommentieren.“ Ziel des Unternehmens sei es, noch in diesem Jahr einen Antrag auf eine Trasse bei der Bundesnetzagentur zu stellen. Angesichts der Komplexität könne es auch bis 2015 dauern.

Der Bundeswirtschaftsminister hatte in Nürnberg gesagt, wegen der Bürgerproteste werde „so nicht“ gebaut. Das Ministerium teilte auf Anfrage unserer Zeitung mit, Gabriel habe sich nur auf die Anfangs- und Endpunkte der Trasse bezogen. Dem

widerspricht der Pegnitzer Bürgermeister Uwe Raab, Sprecher aller Kommunen entlang der geplanten Trasse, der bei der Veranstaltung in Nürnberg dabei war. „Der Minister hat ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es eine solche Leitung nicht über die Köpfe der Leute hinweg geben wird“, sagt Raab. Aus Gabriels Sicht sei – auch im europäischen Verbund – eine solche Leitung notwendig, aber er sei dialogbereit, wo und wie sie gebaut werde.

Eben diese Notwendigkeit der Leitung stellen zahlreiche Vertreter der Bürgerinitiativen infrage. Günther Bock aus Weißdorf im Kreis Hof sagt, man müsse erst einmal prüfen, ob die Trasse überhaupt gebraucht werde. „Die Zahlen, die den Planungen zugrunde liegen, sind veraltet.“ Im Bereich der erneuerbaren Energien habe sich vieles verändert. Bock vermutet nach wie vor ein rein wirtschaftliches Interesse der Netzbetreiber: „Sie wollen ihre Anteilseigner mit hohen Dividenden bedienen. Das ist ein wunderbares Geschäft über unsere Köpfe hinweg und mit unserem Geld, denn zahlen müssen wir, egal wo die Trasse gebaut wird.“

Der Weißdorfer Bürgermeister Heiko Hain kritisiert, dass es immer wieder unklare Aussagen gebe. Es gelte, weiterhin wachsam zu bleiben: „Sicher können wir erst sein, wenn die Trasse nicht mehr im Bundesbedarfsplan enthalten ist.“



Wo soll die Gleichstrompassage Süd-Ost verlaufen? Nach den Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ist die Verwirrung groß. Der Netzbetreiber Amprion hüllt sich in Schweigen.

Haderthauer kämpft ums Überleben

München – Nach dem Bekanntwerden der geplanten Betrugsermittlungen gegen Staatskanzleichefin Christine Haderthauer haben in der Landtagsopposition die Vorbereitungen für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses begonnen. „Wir führen intensive Gespräche mit Grünen und Freien Wählern zur Vorbereitung eines Untersuchungsausschusses“, sagte SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher am Mittwoch. „Dieser erscheint unausweichlich.“

Anlass der bevorstehenden Ermittlungen sind die Betrugsvorwürfe des Geschäftsmanns Roger Ponton, der früher gemeinsam mit Haderthauer Eigentümer der Modellauto-Firma Sapor Modelltechnik war. Die heutige Staatskanzleichefin war bis Ende 2003 an dem Kleinunternehmen beteiligt, anschließend bis Ende 2008 ihr Mann Hubert. Beide hatten Ponton 2011 eine Abfindung von 20000 Euro für seinen früheren Anteil gezahlt. Ponton ist überzeugt, dass er geprellt wurde; die Staatsanwaltschaft will der Sache nun auf den Grund gehen. Rinderspacher sagte: „Wir erleben die klassische Abfolge mit allen Eskalationsstufen einer politischen Affäre.“ Und: „Am Ende wird die Entlassung von Frau Haderthauer stehen müssen.“

Rinderspacher kritisierte auch Ministerpräsident Horst Seehofer, der Haderthauer Rückendeckung gibt: „Herr Seehofer tut mir leid, dass er immer weniger dem Anspruch von Wahrheit und Klarheit genügen kann und stattdessen zum Chefverteidiger einer affärengeschüttelten und skandalumwitterten Regierung geworden ist.“ Die CSU sei seit Monaten nur noch mit sich selbst beschäftigt. „Das schadet dem Land“, sagte der SPD-Fraktionschef.

Polizist nach Todesschuss suspendiert

Burghausen – Seine Vorgesetzten ziehen Konsequenzen: Nach dem tödlichen Schuss eines Zivilfahnders auf einen mutmaßlichen Drogenhändler ist der Beamte vorläufig vom Dienst suspendiert worden. Dies stelle jedoch keine Vorverurteilung dar und sei keine disziplinarrechtliche Maßnahme, teilte das Polizeipräsidium Oberbayern Süd am Mittwoch in Rosenheim mit. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Verdachts der fahrlässigen Tötung gegen den Mann.

Der Fahnder hatte den 33-Jährigen am vergangenen Freitag bei der Festnahme im oberbayerischen Burghausen mit seiner Dienstwaffe erschossen. Laut seiner Darstellung hatte er nach einem Warnschuss auf die Beine des Flüchtigen gezielt, das Opfer aber am Hinterkopf getroffen. Der mit Haftbefehl gesuchte Mann wurde dabei so schwer verletzt, dass er noch am Einsatzort starb.

Inzwischen steht fest, dass der 33-Jährige nicht bewaffnet war. „Wir wissen nichts von einer Waffe“, sagte ein Sprecher des Landeskriminalamtes (LKA) in München. Er teilte weiter mit, dass sich in unmittelbarer Nähe des Tatorts – eines zu einem Wohnblock gehörenden Hinterhofes – zum Zeitpunkt der missglückten Festnahme vier Kinder aufgehalten hätten. Ein Schussgutachten solle klären, aus welcher Distanz der Fahnder auf den mutmaßlichen Drogenhändler schoss.

Das Sachgebiet Interne Ermittlungen Südbayern des LKA arbeitet den Fall intern auf.

Eine Tote nach Verkehrsunfall

Künzing – Eine 83-jährige Rentnerin ist nach einem Unfall in Künzing, Landkreis Deggendorf, ihren schweren Verletzungen erlegen. Wie die Polizei am Mittwoch mitteilte, war die Frau am Dienstag mit dem Fahrrad auf einem Radweg entlang der Bundesstraße 8 unterwegs, als sie von einem Kleinlaster erfasst wurde. Dieser bog rechts auf die B8 ein und schleuderte die Rentnerin zu Boden.

Die Frau musste mit dem Rettungshubschrauber ins Krankenhaus gebracht werden, wo sie dann kurz darauf starb. Um den genauen Unfallhergang zu rekonstruieren, zog die Staatsanwaltschaft Deggendorf mittlerweile einen Gutachter hinzu.

Nächste Woche will die Staatsregierung den „Nordbayernplan“ beschließen. Die SPD-Abgeordnete Annette Karl hat darüber nachgedacht, was in diesem alles stehen müsste.

Von Jürgen Umlauf

München – Für kommenden Dienstag hat Finanz- und Heimatminister Markus Söder das bayerische Kabinett in seinen neuen Dienstsitz nach Nürnberg eingeladen. Passend zum Tagungsort der letzten Ministerratssitzung vor der Sommerpause soll dort ein „Nordbayernplan“ beschlossen werden. Noch ist nicht viel an die Öffentlichkeit gedrungen, was die Staatsregierung in dieses Programm alles hineinpacken will, es ist lediglich von einem „großen Aufschlag“ die Rede. Trotzdem ist nicht damit zu rechnen, dass frische Milliarden in die Entwicklung Frankens und der Oberpfalz gepumpt werden.

Wahrscheinlicher ist, dass die in den verschiedenen Ministerien vorhandenen Förderprogramme unter einer Überschrift gebündelt und hier und da um ein paar Milliönchen er-

gänzt werden. So war das schon öfter in der Ära Seehofer, zum Beispiel beim „Aufbruch Bayern“, beim Kulturplan, jetzt beim Programm „Barrierefreies Bayern“.

Die SPD-Expertin für Fragen des ländlichen Raums, Annette Karl, fürchtet genau das: „Es reicht nicht, wie oft bei vollmundigen Ankündigungen der Staatsregierung, schon laufende Projekte und Ausbaupläne unter einem schönen neuen Titel zu-



„Es reicht nicht, Projekte und Ausbaupläne unter einem schönen neuen Titel zusammenfassen.“
Annette Karl, SPD

sammenfassen.“ Der „Nordbayernplan“ müsse schon „substanzvolle Verbesserungen“ bringen.

Karl hat dafür zehn Punkte ausgearbeitet. So fordert sie eine faire Wirtschaftsförderung. Die in der neuen Förderkulisse vorgeschlagenen Aufteilung in C- und weniger stark unterstützte D-Gebiete sei völlig willkürlich. Ein Beispiel: Fuchsmühl im Landkreis Tirschenreuth liegt im

D-Gebiet, der direkte und schon heute besser strukturierte Nachbar Wiesau im C-Gebiet. Solche Fälle gebe es in der gesamten Grenzregion zu Tschechien Dutzende.

Karls Vorschlag: Über den Nordbayernplan sollte die Förderung aller Kommunen auf das höhere C-Niveau aufgestockt werden. Um die Gründer-Dynamik in der Region zu erhöhen, plädiert Karl für einen Fonds „Forschen und Wirtschaften in Nordbayern“, da viele innovative Jungunternehmer rasch nach München oder Nürnberg abwandern.

Gegen die Verödung von Ortskernen beim Kauf innerörtlicher Immobilien finanziell zu unterstützen. „Damit wird Lebensqualität gesteigert, Eigeninitiative von Bürgern gefördert und der Abwanderungsdruck reduziert“, sagt Karl.

Gleich mehrere Vorschläge macht Karl zum Thema Infrastruktur. Über das neue Breitband-Förderprogramm seien die Betriebskosten für die Netze nur für sieben Jahre abgesichert, für die Zeit danach bräuchten vor allem finanzschwache Kommunen weitere Hilfen. Dafür könnte laut Karl im „Nordbayernplan“ Vorsorge getroffen werden. Für den öffentlichen Nahverkehr fordert sie in dünn besiedelten Regionen eine dauerhaft

gesicherte Unterstützung von flexiblen Rufbusssystemen und eine enge Taktung von Nahverkehrszügen. Zudem brauche es eine speziell auf finanzschwache Kommunen abgestellte Tourismusförderung.

Im Bereich Bildung sieht die SPD-Abgeordnete die Notwendigkeit für ein wirklich tragfähiges Programm zur Abwehr des drohenden Schulsterbens und eine Optimierung der Hochschullandschaft. Kernpunkt müsse die Errichtung einer staatlichen Hochschule im Raum Marktredwitz/Wunsiedel sein. Die segensreiche Wirkung von Hochschulen auf Wirtschaft, Ausbildung und Arbeitsplätze sei bayernweit vielfach belegt, sagt Karl.

Zu guter Letzt müsse der „Nordbayernplan“ ein schlüssiges Konzept für den Erhalt der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum enthalten. Dazu gehöre die finanzielle Unterstützung von Kommunen, die Praxisräume auch für tage- oder stundenweise am Ort tätige Hausärzte zur Verfügung stellen. Mit ihren zehn Punkten habe sie nur die aus ihrer Sicht wichtigsten Anforderungen an einen „Nordbayernplan“ formuliert, erklärt Karl. Alles in allem müssten darin 200 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr enthalten sein. „Das würde uns weiterhelfen.“

Denkanstöße für Söder aus der SPD

Merkel im vertrauten Look



Sichtlich gut gelaunt betrat Kanzlerin Merkel gemeinsam mit Klaus von Dohnanyi, dem ehemaligen Ersten Bürgermeister von Hamburg, das Festspielhaus.

hatten dort in diesem Jahr eher die B-Prominenten das Bild geprägt.

Für einige Beobachter gab es wie-

der keine wichtigere Frage als diese: „Wie ist sie gekleidet?“ In diesem Jahr lautet die Antwort darauf: Ge-

Mehr Komfort in Nürnbergs S-Bahn

Nürnberg – Moderne Züge, häufigere Verbindungen und weniger außerplanmäßige Stopps – S-Bahn-Fahrgäste im Großraum Nürnberg sollen vom Jahr 2018 an komfortabler und schneller ans Ziel kommen. Statt der bislang Lok-bespannten S-Bahn-Züge sollen dann moderne Triebzüge auf dem gesamten Streckennetz, kündigte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann Joachim am Mittwoch in Nürnberg an. Einige S-Bahn-Linien sollen zudem in kürzeren Zeitabständen verkehren. Die neuen S-Bahn-Wagen seien leiser, behinderungsfreundlicher und böten spezielle Abteile für Rollstuhl, Kinderwagen und Fahrräder. Der Einstieg in die Züge sei ebenerdig möglich. Nur Bahnbetreiber, die diese Voraussetzung erfüllen, hätten die Chance, bei einer Ausschreibung des Nürnberger S-Bahn-Netzes zum Zuge zu kommen. Bisher betreibt die Deutsche Bahn die Nürnberger S-Bahn. Bei einem besseren Angebot könnten künftig auch private Bahnbetreiber zum Zuge kommen.

Frage des Tages

Die Sache mit dem Sturmschaden

„Was ist eigentlich, wenn mein Auto einen Sturmschaden hat?“, möchte ein Leser wissen. „Wer kommt dafür auf?“

Die Teilkaskoversicherung übernimmt Schäden am Auto, die durch Sturm, Hagel oder Blitzschlag entstanden sind, teilt der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) mit. Ist das Blech verbeult oder die Scheiben kaputt, werden die Reparaturkosten für gewöhnlich in voller Höhe erstattet. Fahrzeughalter, deren Auto durch ein Unwetter beschädigt wurde, sollten die Schäden am besten anhand von Fotos dokumentieren und diese unverzüglich dem Versicherer melden.

Kontakt zur Leserschwärmer:
Telefon 09561/850-287
Twitter: @KerstinDolde
Fax 09561/850-288
leseranwalt@np-coburg.de
www.np-coburg.de/leseranwalt